

ARBEITER NEWS

Internationalen Allianz zur Unterstützung der ArbeiterInnen im Iran – Deutschland



aus dem Iran



Deklaration der Internationalen Allianz zur Unterstützung der Arbeiter in Iran (IASWI):

Die Aktion zur Gründung islamischer Räte als Arbeiterorganisationen muss gestoppt werden!

Die bekannten Aktivisten der Gewerkschaft von Linienbussen in Teheran, „Hassan Saiedi“ und „Morteza Kamsari“, die zuvor von den Sicherheitskräften des Regimes der islamischen Republik inhaftiert und ins Präsidium geschickt wurden, sind nach einem Tag am Mittwoch den 26 Februar aufgrund mangelnder Haftgründe aus der Haft entlassen worden. Im Hintergrund dieser repressiven Aktion waren nach Angaben der Gewerkschaft Wochen zuvor Maßnahmen ergriffen worden um wieder einmal Angst und Schrecken über die Arbeiter einzujagen und die Wahlen zum „Rat der islamischen Arbeit“, zu lenken. Vor knapp einer Woche begannen die Wahlen in Kreis 1 der Linienbusse, doch diese wurden durch Proteste der Arbeiter aufgelöst. Daraufhin erfolgten die Wahlen erneut am 25 Februar. Die Führung der Linienbusse in Teheran forderte die Arbeiter auf an den Wahlen teilzunehmen und ließ Sicherheitskräfte rufen. Letztendlich wurden die Sicherheitskräfte zum Kreis 5 gerufen um die Aktivisten „Hassan Saiedi“ und „Morteza Kamsari“

festzunehmen, was jedoch nur ein Vorwand war um den Arbeitern zu drohen. Doch diese Maßnahmen konnten nicht dazu führen die Gewerkschaft durch einen islamischen Rat zu ersetzen. Die Gründung von islamischen Räte in den Angelegenheiten der Arbeiter muss aufgehoben werden.

Die internationale Allianz zur Unterstützung der Arbeiter in Iran ist über die Freilassung von „Hassan Saiedi“ und „Morteza Kamsari“ erfreut und verurteilt deren Inhaftierung. Tatsache ist, dass das kapitalistische Regime der islamischen Republik Iran in ihrer derzeitigen „Regierung der Hoffnung“ keineswegs von der Unterdrückung der Arbeiter abgesehen hat, im Gegenteil das Regime ist dabei ihre neoliberale Wirtschaftspolitik fortzusetzen und dabei den Anteil der Arbeiter vom sozialen Wohlstand zu kürzen. Die Unterdrückung von Arbeitern und Verhinderung von Gewerkschaften ist ein wesentlicher Bestandteil der Wirtschaftspolitik des kapitalistischen Regimes. Unter diesen Umständen ist der Zusammenhalt der Arbeiter immanent. Jegliche Gründung von islamischen Räte oder ähnlich reservierten abhängigen Organisationen muss am Widerstand der Arbeiter scheitern. Wir unterstützen den Widerstand der Arbeiter in Iran und deren Aktionen zur Gründung von Gewerkschaften und fördern die internationale Aufmerksamkeit.

Internationale Allianz zur Unterstützung der Arbeiter in Iran (IASWI)

27 Februar

Kurznachrichten

31. Januar

Die Arbeiter des Betriebes Keysun legten am 1.11 ihre Arbeit nieder, bis die Polizei im Betrieb erschien und drohte, den Streik zu beenden. Die Arbeiter haben der Polizei keine Folge geleistet und blieben bei ihrer Entscheidung. Eine Stunde später wurde das Betriebsgelände von den Spezialeinheiten der Polizei besetzt. Als die Polizei mit der Festnahme einiger Streikender begann, eskalierte die Lage und es kam zu Zusammenstößen zwischen den Arbeitern und der Polizei. Diese Auseinandersetzungen haben mehrere Stunden gedauert und dabei wurden ca. 100 Personen festgenommen. Die Arbeiter entschieden, dass sie ihre Protestaktion vor dem Parlament fortsetzen werden.

03. Februar

Innerhalb der letzten zwei Wochen sind mehr als 30 Minenarbeiter der Tschador Maluti in Folge von Streik und Protestaktionen vorläufig verhaftet und nach Hinterlegung einer Kautions auf freien Fuß gesetzt worden.

06. Februar

Bahman Afschin Nadimi und Mehrdad Saburi, zwei Arbeiteraktivisten und Mitglieder des „Koordinationskomitee zur Bildung der Freien Arbeitergewerkschaften im Iran“, wurden wegen einer illegalen Überquerung der Landesgrenze zu einer Geldstrafe verurteilt. In dem ersten Vorwurf wurde ihnen die Teilnahme an den Arbeiteraktivitäten vorgeworfen.

6. Februar

Die Arbeiter des Betriebes Kaf in Tebriz, die sich bei einer Protestaktion vor dem Büro des Gouverneurs versammelt haben, wurden von Sicherheitskräften attackiert. Dabei kam es zu Verletzten, die teilweise im Krankenhaus behandelt werden mussten. Der Vorsitzende des Hauses der Arbeiter in Tebriz sagte in einem Interview: „Der Umgang der Polizei mit den Protestanten sei ein Widerspruch zwischen den Behauptungen der neuen Regierung und dem, was wir praktisch erlebt haben.“ Auf der anderen Seite rechtfertigte der Sprecher des Justizministeriums den polizeilichen Einsatz mit der Begründung, dass der Staat die Störungen nicht toleriere, damit die öffentliche Ordnung und die nationale Sicherheit nicht gefährdet werden würde. Ebenfalls sagt er, dass einige für ihre Arbeitsanliegen das Demonstrationsrecht ausnützen würden.

Die Landesorganisation der schwedischen Arbeitergewerkschaften (LO) hat in einem Brief an den Außenminister, der sich auf einem diplomatischen Besuch in Teheran befand, ihn aufgefordert, die Menschenrechtsfrage im Allgemeinen und international anerkannte Arbeitsrechte insbesondere den Gegenstand der Gespräche beider Staaten zu machen. 2013 wurde in der Jahresversammlung der ILO die iranische Regierung wegen Verstoßes gegen die Menschenrechte vor allem jedoch wegen des brutalen Umgangs der Regierung mit den Arbeiteraktivisten und Gewerkschaftsmitgliedern kritisiert. Die Arbeiteraktivisten sind ständig den staatlichen Repressalien, Verfolgung, Gefängnis und dem Verlust der Arbeitsstelle ausgesetzt. Die Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften schlägt die Bildung einer Wahrheitskommission zur Klärung der Missstände in iranischen Gefängnissen vor. Es liegen zahlreiche Berichte über Misshandlungen, Folter und Repressalien von Inhaftierten vor. Ihnen wird die medizinische Versorgung während der

Haftstrafe verweigert. Es gab mehrere Todesfälle in den islamischen Gefängnissen, die dringend untersucht werden müssen und deren Vergehen aufgedeckt werden muss.

Mittwoch 26 Februar:

Nach heftigem Protest und Widerstand der Beschäftigten der Teheraner Busfahrgesellschaft gegen die von dem Staat verordneten Wahlen und Einflussnahme auf die Wahl, wurden die bestimmten Kandidaten Hassan Saiedi und Mortesa Kamssari, zwei Syndikatsmitglieder, verhaftet. Das Teheraner Busfahrersyndikat verurteilte in einer öffentlichen Stellungnahme die Festnahme ihrer Gewerkschaftsmitglieder und forderte ihre sofortige Freilassung. Durch die Verhaftung unserer Kollegen **könnt Ihr uns nicht einschüchtern**, stand in der Erklärung.

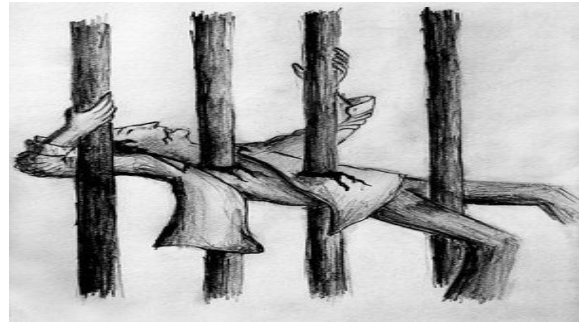
In einem Brief an die Internationale Föderation der Transportarbeiter forderten sie ihre Solidarität für die Freilassung ihrer Kollegen.

18 März

Nach langen Verhandlungen und Debatten über die Festlegung des Mindestlohn durch die neue Regierung im Iran ist für Millionen Werkstätige endlich ein offizieller Mindestlohn für das kommende Jahr bekannt und vom Staat festgelegt worden. Während die offizielle Inflationsrate von der Zentralbank des Landes auf 33,50% und von der statistische Landesbehörde auf 36,50% eingeschätzt worden ist, bekommen die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 25% . Obwohl der neue Präsident der islamischen Republik in seiner TV- Rede den Arbeitern eine Lohnausgleichung um die Inflationsrate versprochen hat, bekommen Millionen Arbeiter Löhne die deutlich unterhalb der Armutsgrenze im Lande sind.

In einem Brief an den Arbeitsminister hat das Koordinationskomitee der 40000

Unterschriftkampagne die Regierung gefordert bis Ende nächsten Monats diesen Beschluss zu korrigieren und den Paragraphen 41 des Arbeitsgesetzes zu berücksichtigen, wenn sie Massenproteste der Arbeiterklasse im neuen Jahr nicht provozieren möchten.



Arbeiter-Nachrichten 23 Februar

Ein Bericht über den Zustand von Hassan Rasul Nezhad, Mitglied des “Koordinationskomitee zur Unterstützung der Gründung von Arbeiterorganisationen. Nach erhaltenen Angaben konnte die Familie von Hassan Rasul Nezhad, seinen Aufenthaltsort ausfindig machen. Hassan Rasul Nezhad, der am 20 Januar in der Nähe der Kleinstadt „Bukan“ an seinem Arbeitsplatz durch paar unbekannte Männer in Zivilkleidung inhaftiert und an einen unbekanntes Ort gebracht wurde, befindet sich der Haft der Sicherheitskräfte von Bukan.

Der Betroffene war im vergangenen Jahr nach Teilnahme an einer Demonstration am 16 Juni 2012 durch das Nachrichtendienst angerufen worden, jedoch weigerte er sich zu stellen, aus diesem Grund wurde er inhaftiert. Das Koordinationskomitee verurteilt die Inhaftierung seines Mitglieds.

“ Koordinationskomitee zur Unterstützung der Gründung von Arbeiterorganisationen“



Demonstration der Arbeiter vor dem Arbeitsministerium und der Aufruf nach einer Antwort vom Arbeitsminister

Die Gewerkschaft freier Arbeiter Irans: Seit 10 Uhr morgen haben eine Gruppe Arbeiter in Teheran von verschiedenen Firmen sich vor Arbeitsministerium versammelt und den Arbeitsministerium zur Abgabe einer Antwort aufgefordert. Die Demonstranten hatten zuvor einen offenen Brief mit 40.000 Unterschriften verfasst.

Am 24 November hatten die Arbeiter hinsichtlich ihrer Lage und der Ignorierung ihrer Belange durch das Arbeitsministerium protestiert, doch die Proteste wurden durch Polizei und Sicherheitskräfte, die schon vor Ort waren, aufgelöst. trotzdem gelang es einigen Arbeitern einen Beschluss auf dem Gelände des Arbeitsministeriums zu verkünden. Am 9te Dezember wurde dieser Beschluss mit einem beigefügten Brief dem Minister für Arbeit übergeben. Die Arbeiter erhielten keine Antwort auf ihr Schreiben, aus diesem Grund haben sie erneut vor dem Arbeitsministerium protestiert und den Minister aufgefordert eine Antwort zu erteilen und den Tariflohn nach §41 Arbeitsgesetz anzusetzen.

Den Vertretern der Arbeiter gelang es mit einigen zuständigen der Behörde ins Gespräch zu kommen, wobei die zuständigen Beamten zunächst die Legitimität der Anwesenheit der Arbeiter hinterfragen wollten. Die Vertreter der Arbeiter schilderten die prekären sozialen Umstände der Arbeiter und verlangten angesichts der vorherzusehenden Inflation einen Anstieg der Tariflöhne gemäß §41 Arbeitsgesetz, andernfalls würden die Arbeiter ihre Arbeit niederlegen und die Proteste fortsetzen. Am Ende der Sitzung

wurde vereinbart einen weiteren Termin in Anwesenheit des Arbeitsministers oder dessen Vize vorzusehen.



Drei Arbeiter der Petrochemie von Mahschahr sind verurteilt worden!

Die Gerichtsverhandlung von drei Arbeitern der Petrochemie von Razi in Mahschahr, die von ihrem Arbeitgeber wegen „unruhe stiftung“ angeklagt fand heute 23 Februar, im Abteil Nr.2 des Gerichts von Mahschahr unter der Führung des Vorsitzenden „Kheschtzar“ statt. Alle drei Angeklagten wurden vorläufig freigesprochen.

Grund der Anklage gegen diese Arbeiter waren die Proteste von 1000 Arbeiter der Petrochemie Razi in der vergangenen Woche wegen Lohnausfall.

Ein versprochener Anstieg der Löhne ab 23 September sowie die Nachzahlung des Lohnzuschlag für die vergangenen vier Monate zum 14 Januar, die Auszahlung der Sozialabgaben ab Februar und die Berücksichtigung des Gesetzes für schwere Arbeit für alle Arbeiter –ob angestellte oder kurzfristige Leiharbeiter- wurde nicht erfüllt. Zudem war geplant dass 50 Arbeiter, die bereits 20 Jahre im schweren Bereich gearbeitet hatten in Rente gehen. Doch der Arbeitgeber hat nach vier Monaten keines dieser Versprechen erfüllt und weitere Abreden die bis spätestens 07 Februar hätten durchgesetzt werden müssen, sind ebenfalls schwebend.

6 Monatiger Lohnausfall der Arbeiter von Save und deren schwere soziale Umstände 1200 Arbeiter der Firma Profile Save haben seit Oktober 2013 keinen Lohn erhalten. Bis jetzt waren alle Forderung an den Arbeitgeber ergebnislos.

Und als wenn dies nicht genug wäre hat der Arbeitgeber einen Teil der Firma geschlossen, um dem neuen Gesetz zum Schutz der Arbeiter vor schwerer Arbeit zu entkommen. Dabei sind 6 Arbeiter mit über 20 Jahren Arbeit entlassen worden und weitere Arbeiter wurden anderen Abteilen zugeordnet. In Folge der Proteste der Arbeiter hatte der Arbeitgeber verkündet den Gehalt von zwei Monaten nachzuzahlen und das Neujahrgeld auszuzahlen, doch bis jetzt blieb dieses Versprechen unerfüllt.

Zudem wird von der Gewerkschaft der freien Arbeiter Irans berichtet, dass die Arbeiter der Firma „Luleh Safa“ , deren Arbeitgeber ebenfalls von Profile Saveh ist, seit Ende November 2013 keinen Lohn ausgezahlt bekommen haben. Aufgrund von Materialmangel war die Firma regelmäßig alle zwei Wochen für vier Werktage geschlossen.

2700 Arbeitern der Porzellan Fabrik Maghsud in Tus von Maschhad droht die Arbeitslosigkeit

23 Februar. Nach Angaben der Nachrichten Agentur „Welt der Wirtschaft“ , droht 2700 Arbeitern der Porzellan Fabrik „Tus Maschhad“ die Arbeitslosigkeit. Ein Teil der Fabrik wurde aufgrund Steuerschulden geschlossen.

„Gholamreza Imani“ Leiter der Fabrik Maghsud sagte: Seit zwei Wochen sind drei Lagerräume unserer Fabrik geschlossen und wir sind deshalb nicht in der Lage die Produktion fortzusetzen, bald wird die Fabrik schließen müssen. Ausländische Produkte sind stark auf dem Markt vertreten, dabei machen die Importeure beim Zollamt keine korrekten Angaben oder gar keine Angaben und dies führt zu einer Preispenetration. Des weiteren hat der hohe Geldmenge auf dem Markt und der Kurssturz den Produzenten erhebliche Probleme bereitet. Die Regierung muss für die Arbeitslosenversicherung aufkommen um den sozialen Missstände die durch Massenarbeitslosigkeit entstehen zuvorzukommen. Wir tragen unmittelbar

die Verantwortung für 3000 Familien, doch ein Importeur der nicht einmal für seine gesetzlichen Einführungssteuern aufkommen ist sich jeder Verantwortung unbewusst.



3303 Todesfälle von Arbeitern innerhalb von zwei Jahren aufgrund mangelnder Sicherheitsmaßnahmen

Fars: Nach einem Bericht vom 22 Februar, sind in den vergangenen zwei Jahren 3303 Arbeiter durch Arbeitsunfälle ums Leben gekommen. Allein 2012 starben 1507 Arbeiter und 2013 1796 Arbeiter. Diese Statistik ist eine Warnung. 2011 kamen im Minenbereich 50 Arbeiter und 2012, 44 Arbeiter ums Leben. Im ganzen Lande gibt es 5246 Minen in denen 84582 Arbeiter beschäftigt sind. Nach §34 Minengesetz und §96 Arbeitsgesetz sind die Ministerien für Minen und Handel sowie Arbeit und Soziales für die Sicherheit und Gesundheit der Minenarbeiter zuständig. Doch bei Arbeitsunfällen werden die Arbeitgeber oder die Arbeiter selbst verantwortlich gemacht. Gemäß Minengesetz verfügen das Ministerium für Minen und Bergbau und das Handelsministerium über die Zulassung von Bauarbeiten, also müssen die Ministerien vor den Grabungen die Sicherheit der Arbeit begutachten. Bei Eintritt von Arbeitsunfällen jedoch werden die Gutachter und die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen.

**Internationalen Allianz zur
Unterstützung der ArbeiterInnen im
Iran – Deutschland**

www.etehadbinalmelali.com
alliance_workers_iran@yahoo.de